

ORH-Bericht 2004 TNr. 40

Personalkosten im Verwaltungsbereich der Universitätsklinika

Jahresbericht des ORH

Eine Untersuchung der Kosten des Verwaltungspersonals der fünf bayerischen Universitätsklinika hat Abweichungen von bis zu 35 % ergeben. Nach Ansicht des ORH besteht in diesem Bereich ein beträchtliches Einsparpotential.

Beschluss des Landtags vom 11. Mai 2005 (Drs. 15/Nr. 3393 Nr. 2 t)

Die Staatsregierung wird ersucht, zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei den fünf bayerischen Universitätsklinika Kostenvergleiche durchzuführen. Über die Realisierung der vom ORH aufgezeigten Einsparpotentiale und weitere Möglichkeiten zur Senkung der Verwaltungsausgaben der Klinika ist dem Landtag bis zum 31.12.2005 umfassend zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 29. Dezember 2005 (IX/8-H4233-9a/41 240)

Das Staatsministerium teilt die Auffassung des ORH, dass eine sachgerechte Personalplanung zur wirtschaftlichen Führung eines Universitätsklinikums dazugehört. Mittlerweile wurde das Verwaltungspersonal reduziert, obwohl zusätzliche Aufgaben, wie z. B. Umstellung auf das DRG-System, Aufbau neuer Krankenversorgungsstrukturen und Erstellung von Qualitätsberichten mit übernommen wurden:

- am Klinikum Erlangen um 18 Vollkräfte (VK),
- am Klinikum der LMU um 13 VK,
- am Klinikum rechts der Isar um 13 VK und
- am Klinikum Würzburg um 3 VK.

Das Staatsministerium entwickelt in Zusammenarbeit mit den Universitätsklinika ein IT-gestütztes Führungsinformationssystem (FIS-MED), mit dem auf Grundlage eines einheitlichen Datenmodells klinikumsübergreifende Vergleiche und Benchmarkings hinsichtlich der aktuellen Wirtschaftlichkeit und Produktivität ermöglicht werden sollen. Es wird ferner ein Vergleich mit außerbayerischen Universitätsklinika angestrebt.

Die Implementierung dieses Systems soll im Laufe des Jahres 2006 abgeschlossen sein.

Anmerkung des ORH

Die Personalreduzierungen um bisher 47 Stellen sind zu begrüßen. Nach Abschluss der derzeitigen Umstellungsphase auf das neue Erlössystem (DRG) sieht der ORH weitere Einsparmöglichkeiten.

Abzuwarten ist, inwieweit das neue FIS-MED-Programm über einen ausreichenden Detaillierungsgrad verfügt, der z. B. Aussagen über einzelne Personalbereiche zulässt.

Die Stellungnahme des Staatsministeriums ist daher nur als Zwischenbericht zu werten.

Beschluss des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

vom 22. Februar 2006

Die Staatsregierung wird ersucht, nach Implementierung des Führungsinformationssystems, spätestens zum 31.07.2007, erneut über die Entwicklung des Personalstandes in den bayerischen Universitätsklinika zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

vom 3. September 2007
(IX/8-H4233-9a/18 582)

Das Staatsministerium verweist auf die rechtliche Selbständigkeit der Universitätsklinika aufgrund der Umwandlung in Anstalten des öffentlichen Rechts am 01.06.2006 und der damit einhergehenden Änderung der Aufsichtspflicht durch das Staatsministerium. Infolge der Rechtsformumwandlung, der Umstellung des Krankenfinanzierungssystem auf ein Fallpauschalensystem und der Aufgabenverlagerung vom ärztlichen Dienst in die Verwaltung hätten die Aufgaben der Krankenhausverwaltung in erheblichem Umfang zugenommen.

Trotz der zusätzlichen Aufgaben sei das Verwaltungspersonal der Hochschulkrankenhäuser Erlangen und der technischen Universität München jeweils um weitere 6 Vollkräfte reduziert worden. Dagegen sei am Klinikum der LMU das Verwaltungspersonal um 6 Vollkräfte aufgestockt worden.

Aufgrund der Änderung der Aufsichtspflicht (bisher Fach-, nunmehr Rechtsaufsicht) werde das mit den Universitätsklinika zusammen entwickelte Führungsinformationssystem entsprechend angepasst.

Anmerkung des ORH

Ein weiterer Personalabbau und die Verbesserung der Erlöse bleibt angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Universitätskliniken ein dauerhaftes Gebot. Die Verlagerung der Aufgaben vom ärztlichen Dienst in den Verwaltungsbereich (Übernahme der Dokumentationsarbeit aufgrund der Einführung des DRG-Systems zur Abrechnung von stationären Leistungen durch Kodierkräfte und Dokumentationsassistenten) ist u.a. auch eine Forderung im ORH-Bericht 2007, TNr. 35.

Der Personaleinsatz im Verwaltungsbereich und die Ergebnisse aufgrund des implementierten Führungsinformationssystems sollen künftig in den Aufsichtsratssitzungen besprochen werden.

**Beschluss des Ausschusses
für Staatshaushalt und
Finanzfragen
vom 11. Juni 2008**

Kenntnisnahme